



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bericht 2014 über den Einsatz der Schweizer Kompanie (Swisscoy) in der multinationalen Kosovo Force (KFOR)

zuhanden der Aussenpolitischen und Sicherheitspolitischen Kommissionen
des National- und Ständerates

Gemäss Bundesbeschluss¹ legt das VBS zuhanden der Aussenpolitischen und Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte einen jährlichen Zwischenbericht über den Swisscoy-Einsatz vor. Der vorliegende Bericht umfasst die Kontingente 29 und 30, also den Zeitraum Oktober 2013 bis Oktober 2014.

Redaktionsschluss für den vorliegenden Bericht war der 11. Dezember 2014.

¹ Artikel 4 Bundesbeschluss vom 8. Juni 2011 (BBl 2011 5511).

1. Entwicklungen im Berichtsjahr

1.1. Politische Lage

Die erste Hälfte des Berichtsjahres war geprägt von den Verhandlungen zur Inkraftsetzung des Abkommens zwischen Belgrad und Pristina vom 19. April 2013². In Brüssel fanden unter der Ägide des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union (EU) eine Reihe von Treffen statt, an denen die Premierminister von Kosovo und Serbien teilnahmen. In einigen Bereichen des Abkommens wurden Fortschritte erzielt. So wurden beispielsweise über 250 in den Gemeinden Nordkosovos eingesetzte Polizisten unter einem formellen Kommando für Nordkosovo in die Strukturen der kosovarischen Polizeikräfte eingegliedert. Zudem fanden Lokalwahlen in Nord-Mitrovica statt, also in der letzten Region, die noch keinen Gemeinderat und keinen Bürgermeister nach kosovarischem Recht gewählt hatte.

Trotz dieses Teilerfolgs lehnen die neuen Lokalbehörden und serbische Bevölkerung der Gemeinden Nordkosovos nach wie vor ab, sich in das rechtliche und politische System Kosovos zu integrieren. So scheiterte zum Beispiel jeder Versuch, die auf der wichtigsten Brücke zwischen der mehrheitlich albanischen Gemeinde Süd-Mitrovica und der mehrheitlich serbischen Gemeinde Nord-Mitrovica errichteten Barrikaden abzubauen, am Widerstand serbischer Bewohner Nordkosovos. Ebenso wenig konnte ein Kompromiss zur Umsetzung anderer wichtiger Aspekte des Abkommens vom 19. April 2013 gefunden werden, beispielsweise zur Gründung eines Verbunds der mehrheitlich serbischen Gemeinden in Kosovo oder zur Integration der Gerichtsbehörden der Gemeinden Nordkosovos in das kosovarische Gerichtssystem.

Insgesamt sind nur ein Drittel der 15 Artikel, welche das Abkommen vom 19. April 2013 umfasst, in Kraft gesetzt. Angesichts der noch Mitte 2013 vorherrschenden Situation ist das durchaus ein Erfolg. Im Jahr 2014 ist alles in allem eine teilweise Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina zu beobachten. Eine umfassende Normalisierung der Beziehungen liegt allerdings heute immer noch in weiter Ferne.

Die Durchführung der vorgezogenen Parlamentswahlen war ein weiterer Meilenstein im ersten Halbjahr 2014. Nach dem Unvermögen der Regierungskoalition, das Gesetz über die Umwandlung der Kosovo Security Force (KSF) in Streitkräfte (Kosovo Armed Forces) durch das Parlament zu bringen, beschlossen die politischen Parteien, das Parlament aufzulösen und für Juni Neuwahlen anzuberaumen. Die politische Führung benötigte fast die ganze zweite Jahreshälfte, um einen Kompromiss für die Regierungsbildung zu finden. Am 9. Dezember bestätigte das Parlament die neue Regierung, womit

auch der vorgängige Rhythmus der Verhandlungen mit Belgrad wieder aufgenommen werden kann.

1.2. Sicherheitslage

Die allgemeine Lage in Kosovo ist ruhig und stabil. Einzig im Norden des Landes bleibt die Situation angespannt. Seit Beginn des Jahres 2014 ereigneten sich keine sicherheitsrelevanten Zwischenfälle. Die Ursachen für Konflikte sind nicht primär interethnischer Natur. Vielmehr handelt es sich um Auseinandersetzungen über Einkommens- und Besitzunterschiede, die sich auch an ethnischen Trennlinien entzünden. Die zwei politischen Themen, die zurzeit die Situation in Kosovo beeinflussen sind erstens die Entwicklung der Lage im Norden des Landes und zweitens die islamistische Bewegung.

Der Norden von Kosovo

Das Gebiet nördlich des Flusses Ibar macht lediglich zehn Prozent des Landes aus und umfasst weniger als 80 000 hauptsächlich serbischstämmige Einwohner. Die Sicherheitsprobleme von Kosovo treten aber im Norden auf. Dabei geht es um Spannungen zwischen der serbischen Mehrheit und der albanischen Minderheit.

Aus verschiedenen Gründen ist auf absehbare Zeit keine Verbesserung dieser Situation zu erwarten. So bleibt bei der Umsetzung der Vereinbarung von Brüssel vom 19. April die Integration der serbischen Polizeikräfte und die Teilnahme des Nordens an lokalen und nationalen Wahlen schwierig. Solange die Vereinbarung in diesen Punkten nicht umgesetzt ist, bleiben Parallelstrukturen aktiv.

Einiges spricht dagegen, dass sich daran etwas ändert. Der Einfluss Serbiens hat sich seit den Parlamentswahlen in Serbien vom März 2014 wieder verstärkt. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Abhängigkeit der Bevölkerung von serbischer Direkthilfe fehlt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Perspektive, die Veränderungen antreiben könnte. Ein Verschwinden der Parallelstrukturen dürfte zudem einen Anstieg der Frustration innerhalb der serbischen Bevölkerung bewirken, die sich mehrheitlich gegen die Einrichtung kosovarischer Institutionen richtet. Nicht auszuschließen ist zudem, dass nationalistische Gruppierungen eine Abkehr von den Parallelstrukturen zum Anlass für gewalttätige Aktionen gegen Pristina oder sogar gegen Belgrad nehmen würden.

Nach wie vor fehlt zudem ein effektiver staatlicher Apparat, der den gewaltbereiten, (politisch-)kriminellen Gruppen Paroli bieten könnte. Letztere genießen daher eine faktische Straffreiheit im Norden Kosovos. Dies gilt sogar für Angriffe auf die internationale Gemeinschaft. Insbesondere die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (Eulex) ist im Visier der kriminellen Akteure, da sie für die kriminellen Netzwerke und Akteure eine Bedrohung ist. Zudem verstärken die Gerichtsverfahren der Eulex gegen gewählte und andere lokale Persönlichkeiten

² Abkommen mit 15 Artikeln zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo, abgeschlossen in Brüssel unter der Ägide des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union.

sowohl den Diskurs der Schikanierung in der serbischen Bevölkerung als auch die Feindseligkeit gegenüber der europäischen Mission und die Idee, dass diese den bewaffneten Arm Pristinas im Norden des Kosovo darstelle. Dazu kommen Verbindungen zwischen Personen im Visier der Justiz und dem kriminellen Milieu. Dieser Umstand verstärkt letztlich die Bedrohung gegenüber der Eulex.

Die islamistische Bewegung

Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in Kosovo sind Muslime. Der Islam in Kosovo wird grundsätzlich in moderater Form gelebt, aber es gibt mehrere Dutzend Gruppierungen, die mit einer radikalen Auslegung des Islam in Verbindung gebracht werden. Diese Gruppen agieren diskret und rufen nicht öffentlich zu Gewalt auf. Obwohl bisher grundsätzlich gering, hat sich die von ihnen ausgehende Gefahr für Gewaltakte seit Beginn des Jahres 2014 verstärkt. Potenzielle Ziele sind in erster Linie kosovarische Institutionen; eine Gefahr für die internationale Gemeinschaft vor Ort ist aber auch möglich.

Dazu kommt das europaweit, auch in Kosovo, erkannte Problem von gewaltbereiten Freiwilligen, die sich auf Seiten der Aufständischen im Irak und Syrien engagieren und die damit einhergehende Bedrohung, dass diese indoktriniert und kampferfahren in die Heimat zurückkehren. Dieser Problematik wurde von Seiten der kosovarischen Behörden nicht von Beginn an die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Das Fehlen einer rechtlichen Grundlage zur Überwachung und Bestrafung behindert das Vorgehen der Behörden.

1.3. Internationale Bemühungen

Vor dem Hintergrund der noch immer nicht normalisierten Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina bleibt das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Kosovo nötig. Die Stabilisierungsmission der Nato (Kosovo Force, KFOR) ist ein Kernstück dieses Engagements: In den Augen vieler serbischer Bewohner im Norden Kosovos ist die KFOR-Präsenz die einzige glaubwürdige Garantie für ihre Sicherheit und damit eine Voraussetzung für jegliche Integration der mehrheitlich serbischen Gemeinden Nordkosovos in das kosovarische Staatswesen.

Neben der KFOR ist auch die Eulex im ganzen Land aktiv. Das Mandat der Eulex wurde Mitte Jahr um zwei Jahre bis Juni 2016 verlängert, sein Inhalt aber verändert. Künftig werden die um rund ein Drittel gekürzten Mittel der Eulex vorrangig für sicherheitserhaltende Massnahmen in den Gemeinden Nordkosovos, für den Kampf gegen kriminelle Aktivitäten im ganzen Land sowie für Aktivitäten für Monitoring/Mentoring/Beratung der kosovarischen Behörden eingesetzt. Die teilweise Aufgabenverlagerung der Eulex geht zu Teilen auf den Wunsch der kosovarischen Behörden zurück, bislang von der Eulex wahrgenommene Aufgaben selber zu übernehmen.

Die EU bemüht sich nicht nur mittels der Eulex um die Stär-

kung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit im Kosovo. Die in Aussicht gestellte baldige Liberalisierung der Schengen-Visa und ein möglicher Beitritt zur EU in fernerer Zukunft sollten ebenfalls Reformanreize bilden. Allerdings mussten die kosovarischen Ambitionen für eine rasche europäische Integration nach einem Bericht der von der Europäischen Kommission entsandten Expertenmission gedämpft werden. Der Bericht untersuchte die Reform in Kosovo gestützt auf den sogenannten Marschplan zur Liberalisierung der Schengen-Visa. Er zeigte auf, dass zahlreiche Reformschritte unternommen werden müssen, bevor die Europäische Union eine Aufhebung der Visumsregelung für kosovarische Staatsangehörige beschliessen wird.

Das im Mai diesen Jahres mit der EU abgeschlossene Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen bedeutet zwar für die kosovarische Regierung einen Etappensieg, doch mit den Europawahlen im Mai und der neu zusammengesetzten Europäischen Kommission ist die Ratifizierung des Abkommens durch das Europäische Parlament hinausgeschoben worden – voraussichtlich Anfang 2015. Es bleibt zu hoffen, dass die kosovarische Motivation, sich in den europäischen Strukturen zu integrieren, stark genug bleibt, die tiefgreifenden Reformen anzugehen und umzusetzen.

1.4. Schweizer Engagement

Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Perspektiven in Südosteuropa bleiben ein hohes Interesse der schweizerischen Aussenpolitik. Dies erklärt das grosse Engagement der Schweiz in Kosovo. Die Schweiz investiert beträchtliche Ressourcen in die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Kosovo.

Der grösste Einzelbeitrag ist die Swisscoy. Daneben leistete die Schweiz 2014 weiterhin zahlreiche Beiträge. Dies umfasst die Finanzierung von bilateralen und multilateralen Projekten sowie die Entsendung von Experten für Eulex, für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie für die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in verschiedensten Bereichen – Justiz, Polizei, lokale Regierungsführung und Migration. Programme der Entwicklungszusammenarbeit waren auf die Bereiche gute Regierungsführung und Dezentralisierung, Beschäftigung und Einkommen, Wasser und Gesundheit ausgerichtet. Auf dem Gebiet der menschlichen Sicherheit lag der Schwerpunkt auf dem politischen Dialog, der Vergangenheitsbewältigung, der Festigung von demokratischen Strukturen und der Minenräumung. Gestützt auf eine Migrationspartnerschaft zielten die Arbeiten auf dem Gebiet der Migration schwergewichtig auf Rückkehr, Reintegration von Minderheiten, Aufbau der nationalen Kapazitäten und Unterstützung der Diaspora. Im Nachgang zu einem Besuch von Bundespräsident Didier Burkhalter nach Serbien, Albanien und Kosovo wurde 2014 zudem eine Reihe von Projekten zur Förderung der Aussöhnung und der

regionalen Zusammenarbeit gefördert, darunter die Durchführung informeller Gespräche zwischen jungen Albanern und Serben in Kosovo. Im Rahmen der OSZE-Präsidentschaft hat die Schweiz im Jahr 2014 ihr Engagement auf dem Westbalkan und in Kosovo verstärkt.

2. Entwicklungen bei der KFOR

2.1. Auftragslage der KFOR während der Berichtsperiode

Der Einsatz der KFOR in Kosovo basiert auf der Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates. Darin sind im Wesentlichen drei Grundaufträge für die KFOR festgeschrieben:

- > Schaffung und Erhalt eines sicheren und stabilen Umfeldes in Kosovo (inklusive Gewährleistung der uneingeschränkten Bewegungsfreiheit);
- > Anwendung und Überwachung des militärtechnischen Abkommens, das den Rückzug der serbischen Kräfte aus Kosovo sowie die Entwaffnung der kosovarischen Befreiungsarmee vorsieht;
- > Unterstützung der zivilen UNO-Mission UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) sowie weiterer ziviler Partner.

Beim ersten Grundauftrag tragen mittlerweile die lokalen Behörden die primäre Verantwortung. Die Situation insbesondere im Norden von Kosovo verlangt jedoch eine nach wie vor hohe Einsatzbereitschaft der KFOR. Insbesondere der Nachrichten- und Informationsbeschaffung kommt dabei grosse Bedeutung zu. Dabei suchen spezielle Teams (Liaison and Monitoring Teams, LMT) den formellen und informellen Kontakt mit relevanten Akteuren. Die daraus wachsende Vertrauensbasis hilft dabei, Veränderungen der Lage frühzeitig zu erkennen. Dies wiederum soll es der Nato erlauben, entsprechende Gegenmassnahmen (wie die Verlegung zusätzlicher Truppen nach Kosovo) rechtzeitig zu ergreifen.

In der Ausübung ihres Mandates passt sich die KFOR laufend den Gegebenheiten vor Ort an. So hat sie die Überwachung der Umsetzung des 15-Punkte-Planes übernommen, den Serbien und Kosovo am 19. April 2013 vereinbart haben.

Die Nato ist bestrebt, ihre Präsenz vor Ort so unaufdringlich wie möglich zu halten. So wurde im Berichtsjahr die Struktur der Regionalkommandos für Nachrichten- und Informationsbeschaffung (Joint Regional Detachment, JRD) vereinfacht. Neu bestehen noch die drei JRD South, Central und North. Letzteres wird durch die Schweiz geführt. Kräftermässig verblieb die KFOR im Berichtsjahr mit einem Truppensollbestand von rund 5000 Mann im sogenannten «Gate 2»³. Die Ausar-

beitung von Varianten zur weiteren Reduktion der Truppenstärke vor Ort ging weiter. Entscheidungen sind im Berichtsjahr aber noch keine gefallen.

3. SWISSCOY – Rückblick auf 2014

3.1. Auftragserfüllung und Leistung

Der Auftrag der Swisscoy und ihr Leistungsprofil gegenüber der KFOR blieben in der Berichtsperiode stabil. Das Schwergewicht der Leistungen lag in den Aufgabenbereichen Logistik und Transport (inklusive Lufttransport), Genie und Kampfmittelbeseitigung sowie Nachrichten- und Informationsbeschaffung. Die Swisscoy stellt vier LMT (Mitrovica, Zubin Potok, Malishevo und Prizren) und ist für das exponierteste der drei Regionalkommandos zuständig. Die Schweizer Transporthelikopter sind das leistungsfähigste Transportmittel der KFOR. Neben zwei permanent vor Ort stationierten Transporthelikoptern kann die KFOR bei Bedarf eine dritte Maschine für maximal zwei Monate abrufen. Der Kommandant der KFOR hat davon im Berichtsjahr Gebrauch gemacht. In der Zeit vor, während und nach den Lokalwahlen (28. Mai–30. Juni) hatte die KFOR drei Transporthelikopter der Schweizer Luftwaffe zur Verfügung.

Nach den grossen Überschwemmungen in Bosnien wurde die KFOR vom Kommando der europäischen Stabilisierungsmission in Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea) angefragt, Lufttransportleistungen im Katastrophengebiet in Bosnien zu erbringen. Derartige Einsätze sind im Mandat der KFOR vorgesehen. Die Schweiz und die KFOR kamen überein, dass der KFOR zu diesem Zweck zwischen dem 20. Mai und dem 3. Juni ein vierter Schweizer Helikopter der KFOR zugewiesen wurde.

³ Die KFOR befindet sich in der Operationsphase «Deterrent Presence». Am Ende dieser Phase soll die KFOR noch einen Truppensollbestand von rund 2500 Personen zählen. Die drei Reduktionsschritte auf diese Zielgrösse hin werden «Gates 1–3» genannt.

Auf Grund der Rückmeldungen der Kommandostellen der KFOR und der Partner hat die Swisscoy auch in dieser Berichtsperiode die ihr zugewiesenen Aufträge vollständig und in guter Qualität erfüllt. Als zentrale Indikatoren der Leistungserbringung können die folgenden Werte angeführt werden:

Rubrik	Kontingent 29 Okt. 13–April 14	Kontingent 30 April 14–Okt. 14
Transportleistungen	über 820 000 km	über 1 081 000 km
Betriebsstunden Baumaschinen	1 635 Std.	1 931 Std.
Flugstunden Helikopter	250 Std.	312 Std.

3.2. Finanzen und Personelles

Bei Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts können noch keine Finanzzahlen zum laufenden Jahr bereitgestellt werden. Sicher ist, dass der bereitgestellte Kreditrahmen auch im laufenden Jahr nicht überschritten werden wird. Für das Vorjahr können die folgenden Werte ausgewiesen werden:

Rubrik	Budget 2013	Rechnung 2013	Budget 2014
Basisausgaben, Material	1 828 000	1 463 363	1 660 000
Betriebsausgaben	6 738 000	3 936 479	6 208 000
Flugdienstleistungen	4 400 000	3 699 171	4 076 000
Personal	33 024 000	32 519 702	29 856 000
Total	45 990 000	41 618 715	41 800 000

Bezüglich der Personalrekrutierung hat die Anzahl der Bewerbungen für einen Swisscoy-Einsatz abgenommen. Gleichzeitig hat aber die Qualifikation der Bewerber zugenommen. Dies wird im wesentlichen darauf zurückgeführt, dass die individuellen Profile anspruchsvoller und damit auch interessanter werden. Die Bereitschaft vor allem der Milizangehörigen zur freiwilligen Dienstleistung in der militärischen Friedensförderung, ohne welche die Alimentierung der Swisscoy nicht möglich wäre, besteht weiterhin in ausreichendem Masse⁴.

Rubrik	Kontingent 29 Okt. 13–April 14	Kontingent 30 April 14–Okt. 14
Anzahl Interessierte Personen	376	520
Zum 2. Rekrutierungstag eingeladen	317	305
Zusagen	140	150
> davon Frauen	(8,2%) 17	(9,8%) 20
Anteil Zusagen an Personen		
> mit französischer Muttersprache	(12,6%) 26	(10,7%) 22
> mit italienischer Muttersprache	(2,9%) 6	(3,4%) 7

⁴ Ein Problem besteht in der Rekrutierung in zunehmendem Mass bei Absagen kurz vor Einsatzbeginn. 2014 hat jede sechste Person, die für einen Einsatz rekrutiert war, vor Einsatzbeginn den Arbeitsvertrag aufgelöst. Für die Schweizer Armee bedeutet dies, dass diese Vakanzen rasch nachrekrutiert werden müssen, um die Leistungserbringung gewährleisten zu können. Diese Nachrekrutierung ist mit erheblichem Aufwand verbunden.

4. Politischer Ausblick

Für die Stabilität in Kosovo und in der Region wird die Frage wesentlich sein, welche Position die neue Regierung zum Dialog mit Belgrad beziehen wird. Das Abkommen vom 19. April 2013 und damit die eigentliche Grundlage des Dialogs und den Rahmen für die ersten geleisteten Schritte hin zur Normalisierung der Beziehungen mit Serbien in Frage zu stellen, würde gravierende Unsicherheit hervorrufen. Zudem würde dies die Glaubwürdigkeit des kosovarischen Staates dauerhaft beeinträchtigen und Skepsis daran wecken, ob er sich ernsthaft um die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien bemüht. Die Zusammensetzung der neuen Regierung lässt hoffen, dass der Dialog mit Serbien weitergeführt wird. Eine weitere wichtige Frage betrifft die Haltung der neuen Regierung zur Umwandlung der Kosovo Security Force in eine Armee. Eine besondere Herausforderung ist dabei die Integration und Repräsentation von allen ethnischen Gruppen Kosovos, so dass die KSF dereinst zu Sicherheit und Stabilität beitragen kann. Dies gilt auch im regionalen Kontext: Die Normalisierung der Beziehung zwischen Serbien und Kosovo geniesst derzeit höchste Priorität. Allfällige Schritte zur Umwandlung der KSF in eine Armee sollten diesem Aspekt Rechnung tragen.

An die neue Regierung werden die Erwartungen geknüpft, dass die überfälligen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen entschlossen angegangen und die Versprechen, welche Kosovo bei seiner Unabhängigkeitserklärung an seine Nachbarn und die internationale Gemeinschaft abgegeben hat, eingelöst werden.

5. Militärischer Ausblick für KFOR und Swisscoy

Die Nato ist bestrebt, ihre Truppenstärke vor Ort angemessen, jedoch so klein wie möglich zu halten. Deshalb wurden und werden verschiedene Varianten ausgearbeitet, um das Verhältnis zwischen Auftragserfüllung und Truppenpräsenz zu optimieren. Truppenreduktionen werden vom North Atlantic Council (NAC) auf Antrag der KFOR beschlossen. Die jeweiligen Reduktionsschritte erfolgen nur dann, wenn die zuvor definierten Kriterien erfüllt sind. Dieses Vorgehen wurde von der Nato in ihrer regelmässigen Missions-Überprüfung bestätigt.

Für 2014 ist kein Beschluss mehr für eine weitere Truppenreduktion zu erwarten: Die KFOR wird im November 2014 ihre nächste Analyse vorlegen. Auf dieser Basis wird sie ihren Operationsplan überprüfen und allfällige Änderungen und Anpassungen an der Truppenstärke Anfang 2015 beantragen. Die politische Ebene der Nato wird sich hierzu wohl im Frühjahr 2015 äussern. Das aktuelle Konzept der KFOR sieht vor, in einem nächsten Schritt («Gate 3») die Truppenpräsenz vor Ort

nochmals zu halbieren (von 5000 auf 2500 Mann). Auf Grund der Lage in Kosovo ist es aber auch möglich, dass beispielsweise Truppenreduktionen in kleinerem Umfang und regional abgestuft erfolgen werden.

Die Swissscoy erbringt in mehreren zentralen Bereichen wie Logistik, Genie und Transport Sockelleistungen für die gesamte KFOR. Die Nachfrage nach diesen Leistungen ist weitgehend unabhängig vom KFOR-Bestand. Deshalb ist absehbar, dass die spezialisierten Leistungen, welche die Swissscoy heute erbringt, auch bei substantiell tieferem KFOR-Bestand weiterhin im bestehenden Umfang nachgefragt werden. Dennoch wird die Schweizer Armee jede Änderung des Operationsplanes der KFOR gründlich analysieren und in Absprache mit der KFOR die gegebenenfalls notwendigen Anpassungen innerhalb des nationalen Mandats vornehmen. Der Bundesrat beabsichtigt, die gefragten Leistungen zumindest bis Ende des Swissscoy-Mandats Ende 2017 weiter zu erbringen.

6. Stand der Informationen

Die im vorliegenden Bericht gemachten Angaben reflektieren den Stand vom 11. Dezember 2014.